

Übersichten

Außenpolitik

* (1) Golfkrise: Beijing will es mit seiner Irak-Politik jedem recht machen

Wie so oft in den letzten Jahren - man denke an die Februarrevolution und den "Dezembercoup" auf den Philippinen, an den Umsturz in Rumänien und überhaupt an die Ereignisse in Osteuropa - wurde die Führung der VR China auch durch den Angriff des Irak auf Kuwait überrascht - und dies, obwohl der chinesische Militärattaché in Bagdad den Angriff des Irak auf Kuwait bereits eine Woche vor der Invasion angeblich vorausgesagt hatte (Zheng Ming, 1.9.90) - doch niemand hatte dies offensichtlich ernstgenommen.

So dauerte es denn fast einen ganzen Monat, ehe Beijing auf den Überfall vom 1./2.8.1990 eine umfassende Strategie des Vorgehens zur Hand hatte.

Zwar hatte Chinas Botschafter bei der UNO bereits am 2. August die irakische Invasion bedauert und den sofortigen Rückzug aller Okkupationstruppen gefordert (ausführlich dazu C.a., August 1990, Ü 2), doch kamen gründlichere Überlegungen erst zustande, nachdem Ende August einige Politbüromitglieder sowie mehrere Senioren im Ruhestand, u.a. auch Deng Xiaoping, zu Beratungen zusammengetreten waren. Dabei kam es zur Einigung in drei Punkten und zur Befürwortung einer Politik der "Zwei Widerstände".

Was erstens die drei Punkte angeht, so war sich die Runde darüber einig, daß die gegenwärtige Nahostkrise (1) durch "einen kleinen und einen großen Hegemonisten" verursacht worden sei, nämlich den "Regionalhegemonisten" Irak und den "Globalhegemonisten" (quanquixing da ba), die USA. Ferner könne (2) der Irak militärisch nicht ausgeschaltet werden. Zwar mögen die

Nahrungsmittel knapp werden, doch verfüge das Land über genügend Waffen. Außerdem arbeite die Zeit gegen die USA, vor allem wenn sich das gegenwärtige Patt noch lange hinziehe. Schließlich aber könne man sich an den fünf Fingern ausrechnen, daß (3) beide Mächte an den Verhandlungstisch gingen und das Problem durch Verhandlungen bereinigten.

Unter diesen Umständen empfehle sich, zweitens, eine Politik des "doppelten Widerstands", nämlich (1) gegen die irakische Invasion Kuwaits und (2) gegen eine militärische Einmischung der USA.

Allerdings solle die KPCh ihren Protest gegen die militärische Einmischung der westlichen Länder nicht formal aussprechen und auch niemanden namentlich angreifen, wie es eigentlich nötig wäre (China, das seit über einem Jahr diplomatisch isoliert ist, hielt es hier m.a.W. für nicht opportun, den Hals allzu weit aus dem Fenster zu strecken und dadurch die gerade mühselig wiederhergestellten Beziehungen zum Westen erneut zu unterminieren).

Der Irak habe China gebeten, ihn bei seinem "Widerstand gegen die US-imperialistische Aggression" zu unterstützen.

Anfang September entsandte der Irak zu diesem Zweck seinen Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten in die VR China. China verhielt sich auch diesmal zweideutig: auf der einen Seite rief es Saddam zum Rückzug auf, auf der anderen Seite gab es zu verstehen, daß im Falle einer irakischen Anfrage "humanitären" Hilfslieferungen keine Hindernisse in den Weg gelegt werden dürften (XNA, 7. und 8.9.90). Auf alle Fälle müsse der Konflikt nach den Prinzipien der friedlichen Koexistenz gelöst werden.

Im übrigen hielt es die KPCh aber für angemessen, ihr Personal nicht aus dem Irak zurückzuziehen und weiterhin an der Ausführung der Verträge festzuhalten, die mit Bagdad unterzeichnet worden seien (Berichte aus Zheng Ming, ebenda).

Nur die in Kuwait stationierten Chinesen sollten repatriert werden. Dies geschah im August. Bereits am 23. des Monats waren die letzten der insgesamt 4.737 früher in Kuwait beschäftigten Chinesen nach China zurückgebracht worden (XNA, 30.8.90). Die im Irak arbeitenden Chinesen dagegen blieben an ihren Arbeitseinsätzen.

Eine Zeitlang schien es, als habe sich die VR China voll auf die Seite des Westens geschlagen, zumal nachdem sie zahlreiche Resolutionen des UNO-Sicherheitsrats mitgetragen hatte.

Wie diese Nachrichten aus dem inneren Führungszirkel jedoch zeigen, hat Beijing diese Unterstützung nur halbherzig betrieben, um sich das Wohlwollen der westlichen Länder nicht zu verscherzen. Letztlich aber ging es ihm darum, sich aus allem herauszuhalten und es mit niemandem zu verderben - weder mit den Westmächten noch mit den Nachbarn des Irak noch mit dem Irak selbst. Nur so ist die in dem Bericht niedergelegte Bemerkung zu verstehen, daß die Führungsspitze bei ihren Beratungen zu der Überzeugung gelangt sei, daß der Konflikt letztlich der VRCh nützen könne. Auch die Fortsetzung der Vertragserfüllung ist in diesem Sinne zu verstehen. Allerdings betonte Beijing auch, daß es fortan an den Irak keine Waffen mehr liefern wolle.

Vor allem mit einem dreifachen Maßnahmenbündel suchte Beijing seine "eskapistische" Politik umzusetzen, nämlich durch ständige Friedensbekundungen, durch einen Besuchsreigen in Nahost und durch Enthaltung beim Ultimatum des Sicherheitsrats gegen den Irak.

- Ständig war beispielsweise jetzt von "Frieden" (XNA, 5.9.90) und von einer "friedlichen Lösung der Golfkrise" (XNA, 10.10.90) die Rede.

Die Friedensbekundungen Beijings waren insofern mit Mißtrauen zu betrachten, als die VR China in den vergangenen Jahren durch ihre Waffenlie-

ferungen den Rüstungswettlauf in Nahost erst kräftig mitangeheizt hat (sie lieferte beispielsweise jahrelang Mittelstreckenraketen vom Typ "Seidenraupe" an den Iran und - via Lateinamerika - auch an Syrien. Möglicherweise hat auch Pakistan Raketen-technologie aus der VR China erhalten. Nicht zuletzt aber erfolgen Raketenlieferungen neuerdings auch an Saudi-Arabien. Zwar gibt niemand in Beijing diese Lieferungen offen zu, doch sind sie in den Nahostländern ein offenes Geheimnis, zumal die israelische Aufklärung hier gründliche Recherchen leistet und die dabei gefundenen Ergebnisse mit hämisch-süffisanten Kommentaren publiziert.

Zwar könnte Beijing für sich in Anspruch nehmen, daß es mit seinen Lieferungen die Raketenüberlegenheit Israels und Iraks ausgleiche. Letztlich aber laufen die Transaktionen, die nebenbei auch kräftige Deviseneinnahmen mit sich bringen, auf ein Spiel mit dem Feuer hinaus. Mit den ständigen Friedensbekundungen Beijings jedenfalls lassen sie sich nur schwer vereinbaren.

In jüngster Zeit pflegte das chinesische Außenministerium darauf hinzuweisen, daß China, nachdem es für die Resolution 660 des UN-Sicherheitsrats gestimmt habe, die sich gegen die irakische Invasion Kuwaits richtete, nun selbstverständlich auch keine Waffen an den Irak mehr liefern wolle. Ein Sprecher des Außenministeriums machte diese Angaben als Antwort auf die Frage eines Reporters, ob auch China nun ein Waffenembargo gegen den Irak verhängen wolle (XNA, 5.8.90).

Um zu demonstrieren, was sich Beijing seine Friedensgeste kosten lasse, wies das Außenministerium Anfang November darauf hin, daß die Beteiligung Chinas an den Sanktionen dem Land bereits Verdienstauffälle in Höhe von 2 Mrd.US\$ eingetragen habe. Angesichts der Entschlossenheit jedoch, die bisherigen Verträge fortzusetzen, und angesichts des bescheidenen Handelsvolumens zwischen China und dem Irak (1989 rd. 50 Mio.US\$) läßt sich nicht ersehen, wie eine so gewaltige Summe eigentlich zustande kommen sollte; oder handelt es sich hier um Ausfälle für inzwischen verweigerte Waffenlieferungen!?

- Ferner veranstaltete die chinesische Diplomatie mehrere Besuchsreisen durch die Nachbarländer Iraks und schließlich in den Irak selbst.

Außenminister Qian Qichen reiste im September in die Türkei (XNA, 7.9.90) und vom 6. bis 12. November 1990 nach Ägypten, Saudi-Arabien und Jordanien und sprach mit Politikern aus dem Iran, aus den Golfemiraten und sogar mit dem israelischen Außenminister, mit dem er am 2. Oktober während der UNO-Vollversammlung in New York zusammentraf (XNA nach SWB, 4.10.90).

Im Rahmen der diplomatischen Offensive Chinas zur Lösung der Golfkrise beschloß Qian Qichen, auch dem Irak einen Besuch abzustatten. Am 13. und 14. November sprach er zunächst mit einem der engsten Verbündeten Saddams Husseins, nämlich dem PLO-Führer Arafat, und dann mit dem irakischen Außenminister sowie Saddam Hussein persönlich (XNA, 13. und 14.11.90).

Bei seiner Rückkehr nach Beijing am 13.11. weigerte sich Qian Qichen, einen öffentlichen Kommentar zu seinen Gesprächen in Bagdad abzugeben. Von vornherein war nicht zu erwarten gewesen, daß Saddam Hussein der chinesischen Forderung nach einem Rückzug der irakischen Truppen aus Kuwait nachkommen würde. Immerhin hatte Qian Gelegenheit bekommen, die Ansichten Chinas - und vermutlich auch der anderen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats - vorzutragen. Auch dürfte er seinem irakischen Gesprächspartner versichert haben, daß China nach wie vor darauf bestehe, daß eine arabische Lösung anzustreben sei. Auf alle Fälle habe er "seriöse, ernsthafte und offene Diskussionen" mit dem irakischen Präsidenten geführt (XNA, 14.11.90).

Von all diesen Unterredungen brachte Qian eine Doppelerkenntnis mit: seine Gesprächspartner seien sich, erstens, darüber einig gewesen, daß die Invasion des Irak gegen Völkerrecht verstoße und daß sich der Irak deshalb wieder aus Kuwait zurückziehen müsse; zweitens hätten alle ihrer Hoffnung Ausdruck verliehen, daß die Golfkrise auf friedlichen Wege bereinigt werde (RMRB, 15.11.90). Eine militärische Lösung komme also nicht in Betracht. Dies habe er, Qian, auch seinen sowjetischen Amtskollegen Schewardnadse

bei Gesprächen am 23. November 1990 wissen lassen (Sowjetisches Fernsehen nach SWB, 26.11.90).

Im Gegensatz dazu hatte US-Außenminister Baker noch kurz vorher betont, daß alle gegen den Irak zusammengeschlossenen Länder der Ansicht seien, daß Waffengewalt nicht ausgeschlossen werden könne.

- Als US-Präsident Bush Ende November forderte, daß der Sicherheitsrat nun endgültig ein Ultimatum gegen den Irak beschließen solle, deutete die chinesische Seite sofort an, sie werde sich wahrscheinlich nicht hinter einen solchen Beschluß stellen. Fraglich war nur, ob Beijing sein Veto einlegen und damit den Beschluß hinfällig machen, oder ob es sich lediglich der Stimme enthalten würde.

Am Ende wählte es den letzteren Weg. Qian Qichen begründete diese Haltung bei einer Rede am 29. November vor der UNO (XNA in SWB, 1.12.90). Bei seinem "Arbeitsbesuch" vom 6. bis 12. November in Mittelost habe er sich erneut davon überzeugen können, daß bei all seinen Gesprächspartnern der Wunsch nach einer friedlichen Lösung bestehe; der Irak müsse sich wieder aus Kuwait zurückziehen - daran gebe es nichts zu deuteln -, doch bedürfe es dazu keiner Waffengewalt. Außerdem stehe China seit Jahren auf dem Standpunkt, daß internationale Konflikte durch Orientierung an den "Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz" gelöst werden müßten.

Der Hinweis, daß China die Golfkrise dazu habe nutzen können, "sich als wichtige Kraft in der Weltpolitik darzustellen und internationales Prestige zurückzuerwerben", erscheint wenig überzeugend. Eher hat Beijing hier eine "Doufu-Politik" betrieben! -we-

*(2)

Japan - der neue Prügelknabe der Festlandsmedien

Japan, das als erstes Land die westliche Embargophalanx durchbrochen und wieder Großkredite an die Volksrepublik vergeben hat, muß feststellen, daß sich sein China-Engagement (wenn es denn ein solches war!) nicht ausgezahlt hat - im Gegenteil: Kein Land bezieht gegenwärtig so viele Fußtritte von seiten der chinesischen Medien wie Japan.

- Da ist zunächst die chinesische Reaktion auf die japanische Ankündigung, Tokyo erwäge, militärische Kräfte ins Golfgebiet zu entsenden (dazu C.a., Oktober 1990, Ü 1).

- Zweitens gab es erneut Streitigkeiten über die Klippeninsel Diaoyutai (jap.: Senkaku) (ebenda).

- Eine Neuauflage erlebte darüber hinaus der alte Streit um das "Nanjing-Massaker" von 1937. Immer wieder kommen chinesische Emotionen hoch, wenn Japaner das Ausmaß der damaligen Mordorgie herunterzuspielen suchen und sich weiterhin weigern, auch nur ein Wort der Reue zu finden.

In Nanjing war am 15. August 1985 ein Museum eingerichtet worden, das keinem anderen Zwecke dient, als die Erinnerung an die japanischen Ausschreitungen von damals wachzuhalten. Der Direktor des Museums referierte Mitte November wieder einmal Einzelheiten zu den damaligen Vorfällen und wies darauf hin, daß das Massaker eine "unleugbare Tatsache" sei (XNA, 19.11.90).

Auch Universitätsstudenten zeigen, wie schon 1985, erneut das Verlangen, antijapanische Demonstrationen zu veranstalten - doch wurden entsprechende Demonstrationsbegehren bisher von den Behörden abgelehnt: der Ausbruch unkontrollierbarer Meinungsäußerungen im Frühjahr 1989 sitzt den Regierenden in Beijing immer noch in den Gliedern! -we-

*(3)

China und Südostasien: Indonesiens Staatspräsident besucht China

Am 3. Juli 1990 war es, nach 13 Jahren der Unterbrechung, zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und Indonesien gekommen (ausführlich dazu Oskar Weggel, "Schlußstrich unter die Vergangenheit: China und Indonesien nehmen wieder diplomatische Beziehungen auf", C.a., Juli 1990, S.528 f.). Nichts hätte mehr beweisen können als der jetzige Besuch Suhartos, daß sich im sino-indonesischen Verhältnis, das so viele Jahre lang durch gegenseitiges Mißtrauen gekennzeichnet war, ein grundlegender Wandel vollzogen hat.

Die neue Lage in der Welt und in Asien war denn auch Hauptgegenstand der vielen Gespräche, die Präsident

Suharto und sein Außenminister Ali Alatas miteinander führten (vgl. z.B. XNA, 16.11.90).

Beiden Ländern muß daran gelegen sein, im asiatisch-pazifischen Bereich eine ähnliche Friedensordnung anzustreben, wie sie in der Zwischenzeit in Europa erreicht worden ist. Die Aussichten dafür sind nicht schlecht, nachdem vor allem die Sowjetunion auch in der asiatisch-pazifischen Region eine immer konstruktivere Haltung einzunehmen beginnt.

Immerhin gibt es in der Region noch eine Reihe von "heißen Punkten", handle es sich nun um Korea, Kambodscha, um den Streit um die vier i.J. 1945 von der Sowjetunion besetzten japanischen Kurilen-Insel oder aber um den Inselstreit im Südchinesischen Meer, an dem gleich fünf Nationen beteiligt sind. Daneben geht es um die Verringerung militärischer Manöver, um das Verbot von ABC-Waffen und um die Reduzierung konventioneller Streitkräfte.

Nicht wenige Beobachter fürchten, daß nun, da sich der Ost-West-Konflikt - also der bisherige "Kalte Krieg" - zu entschärfen beginnt, alte Rivalitäten neu hochbrodeln - man denke an die Spannungen zwischen China und Indien sowie China und Japan.

Wie also kann in Asien, ähnlich wie in Europa, eine neue Sicherheitsordnung hergestellt werden?

Von all diesen Punkten rückte vor allem die Kambodscha-Frage immer wieder in den Mittelpunkt der Gespräche. Beide Staaten sind davon überzeugt, daß eine friedliche Lösung von ihrer Mitwirkung abhängt.

Gespräche fanden auch statt zwischen den wirtschaftsbezogenen Ressorts, vor allem zwischen dem Minister für Außenhandel und Außenwirtschaft, Zheng Tuobing, und seinem indonesischen Amtskollegen Prawiro. Beide Seiten waren sich darüber einig, daß es zwischen ihnen noch viele zusätzliche Möglichkeiten für den Austausch von Waren und Dienstleistungen gebe. Vielleicht könne man in Zukunft auch auf dem Gebiet der Satellitentelefonie zusammenarbeiten.

Beide Seiten unterzeichneten ein Memorandum über die Errichtung einer Gemeinsamen Kommission für wirt-

schaftliche, kommerzielle und technische Kooperation (XNA, 17. und 18.11.90).

China ist fest entschlossen, in Südostasien künftig wieder eine konstruktivere Rolle zu spielen.

U.a. ließ es sein Interesse an einer Mitarbeit im "Interims-Mekongausschuß" (XNA, 23.11.90) erkennen und veranstaltete außerdem Mitte Oktober ein viertägiges Internationales Symposium über die Öffnung Südwestchinas gegenüber der Außenwelt, vor allem gegenüber den Staaten Südostasiens. Mehr als 50 Fachleute und Wissenschaftler aus China, Frankreich, Laos, Malaysia, Vietnam und Hongkong nahmen an der Veranstaltung teil und erörterten Möglichkeiten erweiterter Kontakte zwischen Südwestchina und den südostasiatischen Staaten. Zum Südwesten zählen die Provinzen Sichuan, Yunnan und Guizhou sowie die Autonomen Gebiete Guangxi und Tibet. Die Gesamtfläche des "Südwestens" umfaßt 2 Mio. qkm und hat eine Bevölkerung von annähernd 200 Millionen Menschen. Es gibt dort zahlreiche Bodenschätze und eine gutentwickelte Leicht-, Chemie- und Energieindustrie. Südostasien hat mit seinen zehn Staaten und einer Gesamtbevölkerung von 300 Millionen Menschen vergleichbare wirtschaftliche Voraussetzungen. Zwischen Südwestchina und Südostasien soll, wenn chinesische Vorstellungen in Erfüllung gehen, eine "asiatische Kontinentalbrücke" hergestellt werden, die vom "Golf von Beibu" bis zum "Golf von Bengalen" reicht und die nicht nur dem Handel, sondern auch dem Frieden der Region dienlich wäre (XNA, 26.10.90).

China unterstützt seit einigen Jahren auch das ASEAN-Bündnis. -we-

*(4)

China und die Pazifikregion: Diplomatische Beziehungen mit den Marshall-Inseln

Am 16. November 1990 kamen Beijing und die "Republik der Marshall-Inseln" darin überein, diplomatische Beziehungen auf Botschaftsebene vom gleichen Tag an zu errichten. In dem Gemeinsamen Kommuniqué ist von den Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz als der Grundlage der gemeinsamen Außenpolitik die Rede. Außer-

dem heißt es, daß die Regierung der VRCh die einzige legale Regierung Chinas sei (XNA, 17.11.90).

Bei diesem Kommuniqué handelte es sich um einen von vielen Schritten, die die Außenpolitik Beijings in den letzten Monaten gegenüber den Ländern des Pazifik unternommen hat. Von dort her droht eine besondere Gefahr, nämlich die wieder schärfer werdende Konkurrenz Taiwans, das bisher mit vier pazifischen Zwergrepubliken und Königreichen (Tonga, Nauru, Tuvalu und Solomon-Inseln) diplomatische Beziehungen hat aufnehmen können, und das mit Hilfe seiner "flexiblen Diplomatie", vor allem aber mit seinen finanziellen Anreizen durchaus die Chance hat, Partner aus der Beijing-Phalanx herauszubringen.

1989 hatte China die Unabhängigkeit Mikronesiens anerkannt. Vom 3. bis 5. November 1990 besuchte der mikronesische Staatspräsident die VR China und unterzeichnete dort zwei Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit. Ministerpräsident Li Peng versicherte dabei allen Ernstes, daß die "südpazifischen Staaten für China bedeutsam" seien (XNA, 4.11.90). Man hoffe, mit allen Ländern dieser Region "gleichberechtigte und gegenseitig vorteilhafte Beziehungen" herstellen zu können. Es gebe noch immer viele Staaten in der Region, die "keine diplomatischen Beziehungen zu China unterhalten".

Am 19. Oktober hatte der chinesische Staatspräsident Yang Shangkun den Präsident von Vanuatu empfangen. Auch bei dieser Gelegenheit sprach Yang expressis verbis davon, daß "China gewillt sei, freundschaftliche Beziehungen auf der Basis der Gleichheit und des gegenseitigen Vorteils mit all jenen Ländern in der Region aufzunehmen, welche noch keine diplomatischen Beziehungen mit China unterhalten" (XNA, 20.10.90). Mit Vanuatu bestehen diplomatische Beziehungen seit 1982.

Vom 5. bis 10. Oktober besuchte eine Regierungsdelegation aus Fiji die VR China (XNA nach SWB, 11.10.90).

Ansonsten verfolgt Beijing mit wachem Mißtrauen das Verhalten anderer südpazifischer Länder. Als beispielsweise der Außenminister Taibeis, "Fredrick" Qian, anlässlich des Staatsfeiertags von Papua-Neuguinea an den dortigen Unabhängigkeitsfeierlichkeiten teilnahm,

verließ der Botschafter der VR China, Zhao Wei, die Veranstaltung und schickte eine Protestnote.

Qian war vom Außenminister Papua-Neuguineas, Michael Somare, eingeladen worden und an der Spitze einer elfköpfigen Delegation nach Port Moresby gekommen.

Den Protest wies Somare mit der Bemerkung zurück, daß der Besuch des Taiwan-Außenministers in rein privater Eigenschaft erfolgt sei. Er, Michael Somare, habe als Mitbegründer von Papua-Neuguinea das Recht, zu den Feiern einzuladen, wen immer er wolle (Radio Melbourne in SWB, 18. und 19.9.90). -we-

*(5)

Chinas Afrikapolitik: Thema mit drei Variationen

Seit dem Beginn des westlichen Boykotts gegen China im Sommer 1989 hat sich die Regierung in Beijing verstärkt auf die Dritte Welt eingestellt und dort gleichsam "diplomatischen Ersatz" gesucht. Auch 1990 gaben sich afrikanische Minister, Parlamentsabgeordnete und Repräsentanten von Gewerkschaften oder Frauenorganisationen in Beijing immer noch die Klinke in die Hand.

Da es im bilateralen Verhältnis meist wenig zu besprechen gibt und da sich China kaum größere Entwicklungshilfe leisten kann - Geschenke wie Pharmazeutika an den Sudan (XNA, 29.8.90) oder Gewährung eines zinsfreien 50 Mio.RMB-Kredits an Äthiopien (XNA, 31.8.90) sind hier die Ausnahmen -, kommen immer wieder die drei gleichen Themen zur Sprache - OAU, Südafrika und Neue Weltwirtschaftsordnung.

- Die alte Forderung, daß Afrika insgesamt oder wenigstens nach Regionen sich einigen solle, ist ein alter Appell, der trotz seiner Erfolglosigkeit von Beijing immer von neuem wiederholt wird. Am 22. Oktober kam der Generalsekretär der Organization of African Unity (OAU), Salim Ahmed Salim, zu einem Besuch nach China (XNA nach SWB, 25.10.90) und bedankte sich für diese Dauerunterstützung.

- Auch die alten Erklärungen gegen die Apartheid werden von China immer wieder verbalisiert (vgl. z.B. XNA,

15.9.90) und finden bei allen afrikanischen Besuchern verständlicherweise lebhaften Beifall.

- Schließlich sind auch die Forderungen nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung populär in Beijing - und dies, obwohl die VRCh nichts unversucht läßt, auch Mitglied beim Pionier der Alten Weltwirtschaftsordnung, nämlich beim GATT, zu werden.

Gegenwärtig litten, wie es in einer der typischen chinesischen Darstellungen heißt, 100 Millionen Menschen in Afrika an Unterernährung. 16% der ärmsten Bevölkerung der Welt lebe in Afrika südlich der Sahara - bis zum Jahre 2000 seien es sogar 30%. Ferner sei der Anteil Afrikas an den Weltmärkten seit 1970 um die Hälfte gefallen. Ende 1989 hätten die Schulden aller afrikanischen Länder 257 Mrd. US\$ betragen; das Afrika südlich der Sahara habe 27% seiner Exporteinnahmen ausschließlich für den Schuldendienst verwenden müssen. Die Zahl der LDC (Least Developed Countries) in Afrika sei von 21 i.J. 1980 auf 28 i.J. 1989 angestiegen. Laufend verschlechtere sich auch die Umwelt, das Preisverhältnis für afrikanische Rohstoffe und der zunehmende Protektionismus der Industrieländer (Aufzählung in XNA, 23.11.90). Dies könne nicht so weitergehen. Eine Neue Weltwirtschaftsordnung müsse möglichst schnell eingeführt werden. Dieses Thema besprach Ministerpräsident Li Peng auch mit Julius K. Nyerere, dem Vorsitzenden der "South Commission" und früheren Präsidenten von Tansania bei einem Arbeitsbesuch Nyereres in Beijing (XNA, 28.8.90). -we-

*(6)

Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Nicaragua

Bis 1985 hatte Nicaragua mit Taiwan diplomatische Beziehungen unterhalten, doch dann waren die Sandinisten am 7. Dezember 1985 zu Beijing übergeschwenkt. Nach der Abwahl der Sandinisten jedoch entschied die neue Regierung Chamorro, sich wieder Tai bei zuzuwenden, da von dort kräftige finanzielle Unterstützungen zu erwarten waren, während Beijing nur schöne Worte beizusteuern hatte. So kam es am 6. November 1990 zur Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen Nicaragua und Taiwan.

Als Reaktion darauf gab Beijing am 7. November die Einstellung seiner diplomatischen Beziehungen zu Nicaragua bekannt (im einzelnen XNA, 8., 9. und 10.11.90).

In der Protestnote heißt es: "Bekanntlich ist die Regierung der VR China die einzige legitime Regierung Chinas und Taiwan ein unabtrennbarer Bestandteil des chinesischen Hoheitsgebiets. Wir lehnen die Anknüpfung offizieller Beziehungen und jeden Austausch offizieller Art zwischen Taiwan und solchen Ländern ab, die mit China diplomatische Beziehungen unterhalten. In den letzten Jahren hat die Regierung Taiwans unter Mißachtung der Gesamtinteressen der chinesischen Nation eine sog. 'elastische Diplomatie' eingeschlagen, wobei sie mit Mitteln der Bestechung und anderen faulen Tricks versucht, einzelne Länder dazu zu bewegen, 'diplomatische Beziehungen anzuknüpfen' oder 'wieder aufzunehmen', um auf diese Weise eine 'doppelte Anerkennung' zu erreichen und 'zwei chinesische Staaten' bzw. 'Ein China, ein Taiwan' zu schaffen. Derartige Versuche widersprechen jedoch sogar der eigenen Erklärung der Regierung von Taiwan, daß es 'nur ein China gibt'. Schon aus diesem Grund werden sie keinen Erfolg haben. Das chinesische Volk wird zu gegebener Zeit sein großartiges Ziel der nationalen Wiedervereinigung verwirklichen. Die chinesische Regierung und das chinesische Volk schätzen ihre freundschaftlichen Beziehungen und ihre Zusammenarbeit mit Nicaragua hoch ein. Wir hoffen sehr, daß die nicaraguanische Regierung die langfristigen Beziehungen berücksichtigen, ihre falsche Entscheidung der 'Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen' zu Taiwan korrigieren und zu der Grundsatzhaltung zurückkehren wird, wie sie im Kommuniqué über die Anknüpfung diplomatischer Beziehungen zwischen China und Nicaragua festgelegt wurden." (So die Erklärung des Sprechers des chinesischen Außenministeriums, XNA, 9.11.90)

Mit Genugtuung zitiert Xinhua (XNA, 10.11.90) den Protest des früheren nicaraguanischen Botschafters Alfredo Alariz, der in der VR China von 1986 bis 1989 auf Posten war, gegen die Errichtung "diplomatischer Beziehungen" mit Taiwan. Dies sei der "zweite große Fehler" der Regierung Chamorro, der auf höchst opportunistischen Bewegungen beruhe und der zu einem weiteren Verlust der Glaubhaftigkeit Nicaraguas führe.

Noch Ende Oktober hatte eine nicaraguanische Parlamentarierdelegation eine Erkundungsreise durch die VR China unternommen (XNA, 28.10.90) - offensichtlich in dem Bestreben, Argumente gegen die geplante Abnabelungspolitik ihrer Regierung zu sammeln. Staatspräsident Yang Shangkun hatte die Delegation persönlich empfangen und nochmals auf sie eingeredet (XNA, 30.10.90) - vergeblich, wie sich dann schon wenige Tage später herausstellte. -we-

* (7) Chinas Osteuropapolitik in der Umstellung

Der Umsturz in Osteuropa bereitete der Beijinger Führung offensichtlich Kopfzerbrechen. Besonders betroffen soll sich Deng Xiaoping über den Umsturz in Rumänien und über die Hinrichtung Ceausescu gezeigt haben, nachdem noch wenige Wochen vorher das für Sicherheitsfragen zuständige Politbüromitglied Qiao Shi nach einem Rumänienbesuch beruhigende Nachrichten überbracht hatte.

Chinas Führung hatte im letzten Augenblick noch versucht, einigen der osteuropäischen "Genossen" moralisch den Rücken zu stärken. U.a. hatte Politbüromitglied Yao Yilin dem "Genossen Honecker" noch kurz vor dessen Sturz den Rat gegeben, auf keinen Fall zurückzuweichen, da Rückzug kein Ausweg sei.

In um so stärkerer Argumentationsnot befand sich Beijing nach dem Sturz der Verbündeten.

Auch galt es jetzt, die Scherben aufzulesen und sie zu neuen, einigermaßen sinnvollen Mustern zu ordnen. Dieser Vorgang erfolgt wenig systematisch: allzu neu sind die Herausforderungen, denen sich Beijing hier zu stellen hat.

Mit Bulgarien wurde, ganz nach altem Muster, am 1. Oktober ein neuer Handelsvertrag abgeschlossen, der auf fünf Jahre angelegt ist und 1991 beginnt (XNA, 3.10.90).

Auch mit Rumänien hätte man am liebsten alles beim alten belassen. Mitte Oktober kam der rumänische Außenminister nach Beijing und zeigte sich nach längeren Gesprächen, die offensichtlich dem Abtasten und neuen Kennenlernen dienten, "höchst zufrieden mit den beiderseitigen Beziehungen". Beide Seiten informierten sich

über ihre jeweilige innenpolitische Situation und bekundeten ihre Entschlossenheit, die politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, technologischen und kulturellen Beziehungen weiter auszubauen (XNA, 14.10.90).

Am 21. November kam es zur Unterzeichnung eines chinesisch-rumänischen Abkommens über Zusammenarbeit im Bereich der Wissenschaft und Technologie. Beide Seiten wollten, wie es hieß, im Bereich der Chemie, des Maschinenbaus, der Elektroindustrie, der Leicht- und Textilindustrie, bei der Nahrungsmittelverarbeitung, im Landwirtschafts-, Medizin- und Baubereich weiter kooperieren (XNA, 22.11.90). Auch zwischen den Verteidigungsministerien der beiden Länder soll die Zusammenarbeit erhalten bleiben (XNA, 8.11.90).

In der Tschechoslowakei, Jugoslawien, Polen und Ungarn erschienen Repräsentanten der jeweiligen Gastländer bei den chinesischen Botschaften, um der VR China zum 41. Jahrestag der Staatsgründung zu gratulieren (XNA, 3.10.90).

Wo keine größeren Verträge anstehen, zeigt China wenigstens Gesten des guten Willens. So wurde beispielsweise am 2. November eine sino-jugoslawische Vereinbarung über Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Medizinalwesens unterschrieben (XNA, 4.11.90).

Am 3. November empfing Generalsekretär Jiang Zemin eine Delegation der "Ungarischen Sozialistischen Partei", also der Kommunistischen Partei Ungarns, zu einem, wie es hieß, "herzlichen und freundschaftlichen Gespräch" (XNA, 4.11.90).

Mit Albanien, das zur Zeit der Kulturrevolution Chinas einziger treuer Freund geblieben war, das sich aber nach dem Besuch Titos in Beijing (1977) enttäuscht von seinem Verbündeten abgewendet hatte, trat China am Rande der UNO-Generalversammlung in Kontakt (XNA, 30.9.90).

Seit einiger Zeit schon ist China dabei, den Albanern freundlich auf die Schultern zu klopfen. Tirana habe sich, wie es in einer Beschreibung ("Albanien öffnet sich. Formen von Landwirtschaft und Management", BRu 1989, Nr. 17, S. 14 f.) heißt, von "einigen strengen und überholten Dogmen freigemacht und den Weg der Erneuerung eingeschlagen". Zwar herrschten in der albanischen Hauptstadt Tirana noch ei-

nige alte Slogans vor, doch seien die alten klassenkämpferischen Formeln durch Leitsprüche ersetzt worden, die eine beschleunigte wirtschaftliche Entwicklung fordern und der Bedeutung von Wissenschaft und Technologie sowie der Verbesserung des Lebensstandards Rechnung trügen. Die "Partei der Arbeit" (PAA) habe den Schwerpunkt ihrer Arbeit verlagert und einige neue theoretische Konzepte vorgestellt. Besonders im Bereich der Wirtschaftsverwaltung seien Reformen durchgeführt worden. Auch in der Außenpolitik nehme Albanien eine konstruktive Haltung ein - nicht zuletzt auch gegenüber der VR China.

Der VRCh-Botschafter in Ostberlin, Zhang Dake, hatte demgegenüber seit dem Tag des deutschen Zusammenschlusses seinen Aufgabenbereich verloren und verließ Berlin am 1. Oktober in Richtung Beijing (XNA, 3.10.90). -we-

*** (8)
"Die Folgen der deutschen Einigung"**

Am 3. Oktober hatte die VR China der Bundesrepublik Deutschland offiziell zur Wiedervereinigung gratuliert (dazu bereits C.a., Oktober 1990, Ü 6). Ein Xinhua-Artikel (XNA, 1.10.90) brachte einige Betrachtungen über die Folgen dieser Vereinigung. Sie bedeute (1) das Ende von "Jalta", das - als Ergebnis des Zweiten Weltkriegs - sowohl Deutschland als auch Europa in zwei Teile gespalten habe. Gleichzeitig sei die Konfrontation zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt einer wohlthuenden Entspannung gewichen. Mit dem Aufstieg Deutschlands zu einer "Supermacht" (sic!) stünden sich im europäischen Raum nun drei Hauptkontrahenten gegenüber: die USA, die Sowjetunion und Deutschland. Die deutsche Wiedervereinigung beende (2) die bestehende Sicherheitsstruktur in Europa. Der Warschauer Pakt sei zerbrochen und die NATO sei zu einer völligen Umstellung ihrer Strategie gezwungen. Die Stellung Deutschlands innerhalb des Sicherheitsnetzes werde immer wichtiger. Schließlich setze die deutsche Wiedervereinigung (3) den bereits laufenden Trend zu einer multipolaren Welt fort. Gleichzeitig verlöre die USA und die Sowjetunion laufend an Einfluß.

"Allgemein gesprochen wird die politische Orientierung des wiedervereinigten Deutschland und sein Einfluß auf

Europa wie auch auf die Welt Gegenstand der internationalen Aufmerksamkeit für lange Zeit sein. Was wird das wiedervereinigte Deutschland der Welt bringen? Man möchte hoffen, daß die deutsche Wiedervereinigung dem Frieden, der Stabilität und der Entwicklung nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt dient." -we-

*** (9)
Ministerpräsident Wagner von Rheinland-Pfalz auf Chinabesuch**

Mitte November besuchte der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Karl-Ludwig Wagner (CDU) die VR China, um dort vor allem Partnerschaftsbeziehungen mit der südwestchinesischen Küstenprovinz Fujian aufzunehmen. Vorher hatte Rheinland-Pfalz bereits mit Anhui eine solche Partnerschaft begründet, obwohl bereits ein anderes deutsches Bundesland, nämlich Niedersachsen, dort engagiert war. Überdies stellte es sich heraus, daß Anhui wirtschaftlich nicht besonders interessant war - zumindest nicht so attraktiv wie der neue Partner Fujian.

Fujian mit seinen knapp 30 Millionen Einwohnern, mit freien Wirtschaftszonen, billigem Pachtland und niedrigen Steuern könne, so Wagner, ein interessanter Partner für die rheinland-pfälzische Industrie, besonders für den dortigen Maschinenbau werden. Wagner sah allerdings auch einige Hemmnisse für ausländische Investoren, etwa bei Auflagen für Exportquoten. Die Behörden des neuen Partnerlands sollten nicht zu viele Forderungen stellen, sondern Ansiedlungen erleichtern.

Im Dezember sollen zwei chinesische Delegationen in die Bundesrepublik kommen. Ihr Interesse gilt dem Föderalismus im allgemeinen und der Wirtschaft sowie der föderalistischen Verwaltung der Bundesrepublik im besonderen.

Wagner konnte nicht umhin, auch der Hauptstadt einen Besuch abzustatten und dort, am 31. Oktober, mit Ministerpräsident Li Peng zusammenzutreffen.

Da dies der erste Besuch einer ranghohen deutschen Delegation seit den Ereignissen vom Juni 1989 war, konnte Wagner die Frage der Menschenrechte nicht einfach beiseite lassen. In der Tat äußerte er den "dringenden Wunsch", daß China den Weg zu Freiheit und

Menschenrechten wieder einschlage, da die Reformpolitik sich nicht auf die Wirtschaft allein beschränken könne. Die chinesisch-deutsche Freundschaft beruhe auf tiefreichenden Fundamenten. Um so bedauernder habe man in Deutschland die Ereignisse vom Juni des vergangenen Jahres zur Kenntnis genommen. Die im Zusammenhang mit diesen Ereignissen in China getroffenen Maßnahmen seien bei den Deutschen auf Unverständnis und Ablehnung gestoßen (Bericht in FAZ, 20.11.90).

Wagner wies auch darauf hin, daß der frühere Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Helmut Kohl, die VR China i.J. 1974 besucht habe.

Li Peng betonte, daß China hoffe, mit Deutschland bald wieder in bessere Beziehungen eintreten zu können (XNA, 1.11.90). Immerhin sei Deutschland Chinas größter Handelspartner in Europa. Beide Länder seien seit langem gut miteinander ausgekommen. -we-

*** (10)
Erster Besuch eines EG-Außenministers seit Sommer 1989**

Vom 22. bis 24. November besuchte der spanische Außenminister Fernandez Ordonez die VR China. Es war der erste Besuch eines Regierungsmitglieds aus dem EG-Raum in China seit den blutigen Ereignissen vom Juni 1989. Auf diesen "Erstlings"-Charakter wies auch Xinhua (XNA, 18.11.90) ausdrücklich hin. Die spanische Botschaft in Beijing teilte mit, es solle zu einem "Austausch von Meinungen" über die Normalisierung der Beziehungen zwischen der EG und China kommen. "Dialog und Zusammenarbeit" sollten wieder aufgenommen werden (XNA, 18.11.90). Ordonez wurde sowohl vom Ministerpräsidenten als auch vom Staatspräsidenten empfangen - man war sich in China offensichtlich der Bedeutung des Besuchs bewußt. Yang Shangkun habe auf die Frage des Außenministers nach der Zahl der verhafteten Studenten geantwortet, es gebe in den Gefängnissen noch 334 Personen, während gleichzeitig mehr als 8.000 im Laufe d.J. 1990 freigelassen worden seien.

Ordonez wies darauf hin, daß die Aufhebung der Sanktionen durch die EG u.a. auch als eine Art Anerkennung für die konstruktive Position Chinas in der

Golfkrise zu verstehen sei. Ordonez führte auch Gespräche mit dem Außenhandelsminister Zheng Tuobin.

-we-

***(11)
Besuch Wan Lis in Großbritannien
abgesagt**

Mitte November wurde der Besuch des chinesischen Politbüromitglieds und "Parlaments"-Präsidenten Wan Li kurzfristig abgesagt, und zwar aus Gesundheitsgründen, wie es offiziell hieß. U.a. sollte Wan Li auch mit Premierministerin Margaret Thatcher zusammentreffen und über die Hongkong-Frage sprechen.

Anstelle Wan Lis kam dann einer der stellvertretenden Außenminister, Tian Zengpei, fünf Tage lang (19.-24. November) nach Großbritannien. Es war der erste chinesische Ministerialbesuch nicht nur in Großbritannien, sondern im EG-Raum seit den Tiananmen-Ereignissen von 1989. Mitten in die Besuchsphase hinein fiel am 22. November auch der Rücktritt Margaret Thatchers vom Posten des Premiers. Die chinesische Seite beeilte sich sogleich zu kommentieren, daß die sino-britischen Verhältnisse von diesem Ereignis "unberührt" blieben. Tian wies auch darauf hin, daß der Besuch Wan Lis zu "geeigneter Zeit" nachgeholt werde (Wen Wei Po nach SWB, 26.11.90).

-we-

***(12)
1990 endlich wieder ein außenpolitisch
erfolgreiches Jahr**

Nach dem verheerenden Gesichtsverlust der VR China im Zuge des Tiananmen-Massakers war das Land längere Zeit außenpolitisch weitgehend isoliert. Erst 1990 begannen sich wieder Erfolge einzustellen. Im Frühjahr wurden beispielsweise diplomatische Beziehungen mit Namibia, im Juli mit Saudi-Arabien, im August mit Indonesien, im Oktober mit Singapur und im November mit den Marshall-Inseln aufgenommen.

Damit unterhält Beijing zu 140 Staaten der Welt diplomatische Beziehungen.

Mit mehr als 180 Staaten steht die Volksrepublik in wirtschaftlichem, wissenschaftlichem, technologischem oder kulturellem Kontakt.

Auch in der Golfkrise konnte Beijing eine konstruktive Rolle spielen und dabei wieder Gelände gutmachen.

Inzwischen wurden auch die Beziehungen zur EG renormalisiert (dazu C.a., Oktober 1990, Ü 5) und außerdem erreicht, daß Japan wieder Kredite gewährt.

Die westlichen Länder hätten feststellen müssen, daß ihre gegen China gerichteten Wirtschaftssanktionen letztlich ihren eigenen Interessen zuwiderliefern.

Insgesamt sei die chinesische Außenpolitik voller Dynamik - vor allem gegenüber Ländern der Dritten Welt.

All diese Erfolge werden in einem Leitartikel der *Volkszeitung* (RMRB, 26.9.90) mit dem "Festhalten an den Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz und der Unabhängigkeit" begründet. Das chinesische Volk wolle seine Öffnungspolitik stetig fortentwickeln und die politischen und wirtschaftlichen Kontakte mit anderen Ländern und Gebieten weiter ausbauen. Das Land müsse damit fortfahren, sich auch im Inneren zu modernisieren, wirtschaftliche und gesellschaftliche Fortschritte zu erzielen und, wie es heißt, "die politische Stabilität sicherzustellen" - was immer mit der letzteren Bemerkung gemeint sein mag!

-we-

***(13)
Außenpolitik und Außenwirtschaft:
China faßt wieder Tritt**

Nachdem die Außenwirtschaftsbeziehungen im Gefolge des Tiananmen-Massakers viele Monate lang Rückschläge hatten hinnehmen müssen, deutet sich inzwischen wieder Rekonvaleszenz an, und zwar sowohl bei den Auslandsinvestitionen als auch im Handel und im Tourismus.

a) Da sind zunächst die *Auslandsinvestitionen*: In den ersten neun Monaten d.J. 1990 erhielten 4.700 Unternehmen mit mehr als 4 Mrd. US\$ ausländischen Kapitals eine Betriebserlaubnis. Dies gab der Stellvertretende Minister für Außenwirtschaft und Außenhandel, Shen Jueren, auf einem Symposium des "CAEFI" (Chinesischen Verbandes der Unternehmen mit Auslandsinvestitionen) am 7. November bekannt. Damit sei eine neue Höchstmarke erreicht worden.

Die Unternehmen mit Auslandsinvestitionen, die seit Erlaß des Joint Venture-Gesetzes von 1979 in der VR China gegründet worden sind, belaufen sich inzwischen auf die stattliche Zahl von 26.500 und auf eine Gesamtsumme von 37,8 Mrd. US\$, von denen 17,7 Mrd. bereits eingebracht sind.

Spielten in den ersten Jahren vor allem Huaqiao-Investitionen die überragende Rolle, so tritt inzwischen der Anteil der amerikanischen und japanischen sowie - seit 1988 - auch der taiwanesischen Investitionen immer stärker in den Vordergrund.

In schnellem Zunehmen begriffen sind auch Industrieunternehmen, deren Anteil von 85% i.J. 1987 auf 91% i.J. 1989 stieg. Früher hatten eher Dienstleistungen und Gaststättengewerbe im Vordergrund gestanden.

Eine dritte Tendenz ist die Zunahme des ausländischen Kapitalanteils an den einzelnen Unternehmen. Lag dieser längere Zeit bei nur knapp über 50%, so ist er inzwischen auf 85% gestiegen.

Viertens vermehrte sich die Zahl der Joint Ventures schneller als die der Lohnveredelungsunternehmen.

Am schnellsten wuchs - Tendenz Nr. 5 - die Zahl der Unternehmen in ausländischem Alleineigentum. Allein zwischen Januar 1988 und August 1989 wurden 2.400 solche Betriebe zugelassen - die dreifache Zahl gegenüber 1987.

Der Export aus Betrieben mit Auslandskapital erreichte 1989 die Rekordsumme von 3,6 Mrd. US\$ - immerhin 8% des Anteils an Chinas Gesamtexporten. Auch der Löwenanteil von Chinas Deviseneinnahmen stammt aus diesen Unternehmen.

Eine siebte Tendenz besteht darin, daß sich viele Unternehmen mit Auslandskapital ins Landesinnere hinein zu entwickeln beginnen, d.h. von den Küstengebieten ins Hinterland und von den Städten auf die Dörfer (BRu 1990, Nr. 43, S. 5).

Vor allem aber schieben sich, achtens, einzelne "offene Regionen" immer mehr in den Vordergrund. Am erfolgreichsten unter den chinesischen Provinzen ist seit rd. zwei Jahren Fujian, das ja Taiwan direkt gegenüberliegt und das bis Ende August 1990 ein Ex-

portvolumen von 1,25 Mrd. US\$ (= +30% gegenüber dem Vorjahreszeitraum) erreichte. Besonders erfolgreich waren dabei Joint Ventures, die ihren Export um 78% auf 360 Mio. US\$ steigern konnten. Die meisten dieser Joint Ventures wurden mit Taiwan-Kapital aufgebaut. Allein in den ersten acht Monaten d.J. 1990 wurden 642 Investitionsverträge mit einem Gesamtkapital von 569 Mio. US\$ genehmigt. 345 Mio. US\$ (= 60%) stammten davon aus Taiwan!

85% der jetzt 1.800 Exportfirmen mit Auslandskapital arbeiten bereits mit Gewinn, und zwar hauptsächlich in den Bereichen Verarbeitungsindustrie, Tourismus, Immobilien, Roh- und Werkstoffindustrie sowie bei Finanzgeschäften.

Weitere wichtige Entwicklungszonen sind z.Zt. Qinhuangdao und vor allem das Mündungsgebiet des Yangzi.

Am 18. April und am 10. September 1990 hatte der Staatsrat Bestimmungen über die Erschließung und Öffnung der Zone Pudong (Shanghai) sowie über Investition ausländischen Kapitals und die Bodenverwaltung im dortigen Bereich erlassen. Seitdem ist Shanghai zu einer noch wichtigeren "Offenen Region" geworden. Mehr als 8.000 Geschäftsleute aus Hongkong, Macau, Taiwan und dem Ausland haben inzwischen Recherchen angestellt und Kooperationsbekundungen abgegeben. Auch die Provinz Anhui, die im Einzugsbereich des Yangzi liegt, beschloß, vier Städte und drei Kreise für die Außenwirtschaft zu öffnen. Die Provinz Jiangsu wird in Nanjing und Changzhou zwei Wirtschaftszonen und die Provinz Zhejiang nahe Hangzhou eine Investitionszone für ausländische Geschäftsleute einrichten. Die Provinz Jiangxi beabsichtigt, das Hedong-Gebiet zu erschließen und hierbei die dortigen Naturschätze und Waldpotentiale nutzbar zu machen.

Die Konkurrenz zwischen den südchinesischen Küstenregionen und dem Einzugsgebiet des Yangzi hat sich durch die neuen Förderungsmaßnahmen verschärft. Langfristig dürfte das Yangzi-Becken den Sieg davontragen, da sich das Einzugsgebiet des größten aller chinesischen Flüsse nicht nur auf den ostchinesischen Küstenbereich, sondern auch auf Südwest- und Zentralchina erstreckt, also insgesamt 18 Provinzen, Städte und Autonome Gebiete erfaßt: eine Fläche von 1,8 Mio.

qkm und 400 Millionen Einwohnern. Der Jahresproduktionswert der dortigen Industrie und Landwirtschaft beträgt 40% des ganzen Landes.

Während des 8. Fünfjahresplans (1991-1995) soll der Akzent vom bloßen Export, von der Aufnahme ausländischen Kapitals sowie vom Technologietransfer verlagert werden auf direkte Teilnahme an den internationalen Kooperationsprozessen.

Diesem Zweck dienen die neuveröffentlichten Bestimmungen und politischen Maßnahmen, denzufolge ausländische Geschäftsleute sowohl in Flughäfen, Häfen, Straßenbau, Eisenbahn- und Kommunikationswesen investieren als auch Boden erschließen, mit Immobilien handeln und Börsen eröffnen sowie Aktien ausgeben dürfen - allerdings jeweils nur innerhalb der dafür "geöffneten" Gebiete.

b) Während die Investitionen zunehmen, ist der *Außenhandel* leicht rückläufig und gegenüber dem Vorjahr um 2,04% auf 68,35 Mrd. US\$ gesunken. Allerdings erreichten die Exporte 36,2 Mrd. US\$ und erhöhten sich damit um 15,3%, so daß am Ende ein Ausfuhrüberschuß von 4,18 Mrd. US\$ verblieb. Die 400 Mio. US\$-Grenze wurde im Exportbereich von Getreide, Konserven, Rohöl, Ölderivaten, Baumwollstoffen, Mischgewebe und Seide, bei den Importwaren von Getreide, Ölderivaten, Kunstdünger, Walzstahl, Autos und Fahrgestellen überschritten.

Hongkong blieb mit 24,35 Mrd. US\$ Gesamtumsatz nach wie vor der wichtigste Außenhandelspartner Chinas, gefolgt von Japan, der EG, den USA, den ASEAN-Staaten und der UdSSR.

Die Spitzenstellung Hongkongs erklärt sich dadurch, daß die meisten südkoreanischen und taiwanesischen Ein- und Ausfuhren via Kronkolonie getätigt wurden.

Der Handelsverkehr mit Taiwan steigerte sich im Berichtszeitraum gegenüber dem Vorjahreszeitraum um gleich 244%. Die Importe aus Taiwan lagen mit 1,17 Mrd. US\$ nur geringfügig unter denen des Vorjahres. Nach Südkorea wurden bis August 1990 Waren für 624 Mio. US\$ geliefert, während von dort Waren in Höhe von 333 Mio. US\$ importiert wurden - Steigerungen von 125% bzw. 50% (BRU 1990, Nr. 41, S. 32).

c) Auch der *Tourismus* kommt langsam wieder in Fahrt. In den ersten acht Monaten d.J. 1990 beispielsweise besuchten 18,11 Millionen Touristen das Land - dies waren 8% mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Der Rückschlag des Fremdenverkehrs nach dem 4. Juni 1989 war für die erfolgsverwöhnte Branche ein tiefes Trauma, in dessen Gefolge es zu vielen guten Vorsätzen und zu strukturellen Verbesserungen kam. Seit damals wurden 17.000 chinesische Fremdenführer examiniert; nur solche Angestellte durften ihren Beruf fortführen, die den Test bestanden hatten. Verbessert wurden auch die unzureichenden sanitären Anlagen und die Sicherheitsmaßnahmen. In ganz China gibt es inzwischen 17.088 internationale Hotels mit 268.000 Zimmern.

Bis zum Jahresende 1990 werden 28 Millionen Touristen erwartet - womit China unter die zwanzig meistbesuchten Länder der Welt aufrückte. Im Laufe der nächsten zehn Jahre hat die VRCh sich vorgenommen, unter die ersten zehn Zielländer aufzusteigen und u.a. den ersten Platz in Asien zu erreichen. Bis dahin allerdings muß, so weiß man inzwischen, die Arbeit der Tourismusbranche auf internationalen Standard gebracht werden. -we-

Innenpolitik

*(14)

Neuerliche Kehrtwendung Deng Xiaopings: Reform und Öffnung sollen 'schneller, besser und effektiver' verwirklicht werden

In einer internen Rede hat Deng Xiaoping Anfang Oktober 1990 eine erneute politische Kehrtwendung vollzogen und nun wieder ein schnelleres Reformtempo und Veränderungen im politischen Überbau gefordert. Noch im Herbst 1988 hatte Deng angesichts starker inflationärer Tendenzen und scharfer Kritik von seiten orthodoxer Kräfte der Einschränkung der marktorientierten Wirtschaftsreformen zugestimmt, nachdem er noch im Frühjahr 1988 eine vollständige Preisreform und eine Abschaffung des zweigleisigen Preissystems befürwortet hatte. Die jüngsten Ausführungen Deng Xiaopings beziehen sich inhaltlich größten-